

Wissenschaft und Politik als Haftungsgemeinschaft Lehren aus der Corona-Krise

Andreas Knie und Dagmar Simon

Summary: The corona crisis is an interesting case for scientific policy advice: Politicians listen to science, in this case to epidemiologists – quite differently from the climate debate. Even if the contexts of the climate and corona crisis are very different, we can learn something about the influence of science from this. A professionally closed expert community is no guarantee for influence on the political process. In order to increase the impact of scientific results on society, it is proposed to extend the essentially proven peer review to an extended group of peers, the addressees of science, and to enter into a kind of liability community with them in the evaluation process.

Kurz gefasst: Die Corona-Krise ist ein interessanter Fall für die wissenschaftliche Politikberatung: Die Politik hört auf die Wissenschaft, in dem Fall auf die Epidemiolog*innen, ganz anders als in der Klimadebatte. Auch wenn die Kontexte der Klima- und der Corona-Krise sehr unterschiedlich sind, lässt sich daraus etwas über den gesellschaftlichen Einfluss der Wissenschaft lernen. Eine fachlich geschlossene Community ist kein Garant für Einfluss auf den politischen Prozess. Um den Impact von wissenschaftlichen Ergebnissen für die Gesellschaft zu erhöhen, wird vorgeschlagen, das im Kern bewährte Peer-Review auf eine erweiterte Gruppe von Peers auszuweiten: Mit den Adressat*innen der Wissenschaft muss im Bewertungsprozess eine Art Haftungsgemeinschaft eingegangen werden.

Klimaforscherinnen und -forscher kritisieren seit Jahren, dass ihre auf empirischen Daten aufbauenden und in internationalen Fachkreisen einhellig geteilten Erkenntnisse über die Auswirkungen des Klimawandels und die notwendigen Gegenmaßnahmen nicht die erforderliche Beachtung in der Politik erlangen. In der Corona-Krise zeigt sich plötzlich ein anderes Bild: Hier glaubt die Politik offenkundig Aussagen einzelner Virologen und übernimmt diese schnell und pragmatisch als Orientierung für das eigene politische Handeln. Nie habe er eine so direkte Lenkungswirkung von wissenschaftlicher Expertise auf politische Entscheidungen erlebt, formuliert es der SPD-Bundestagsabgeordnete und Gesundheitsexperte Karl Lauterbach in einem Interview mit der *ZEIT*.

In der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik am WZB, die Ende 2019 ausgelaufen ist, haben wir uns über viele Jahre hinweg mit der Wirkung von Forschung beschäftigt. Die gegenwärtige Situation bietet uns die Möglichkeit, einige Erkenntnisse unserer Arbeit zusammenzufassen und zu erläutern. Warum zum Beispiel wird Wissenschaft in der Corona-Krise so anders wahrgenommen als in der Klimadebatte? Sicherlich sind die Kontexte sehr verschieden. Die täglich steigenden Ansteckungs- und Todeszahlen werden in den öffentlichen Medien deutlich dramatischer kommuniziert als die immer noch vergleichsweise abstrakten Folgen des Klimawandels. Zwar sind ganze Inselgruppen bereits jetzt unmittelbar in ihren Lebensgrundlagen bedroht und Naturkatastrophen finden auch in den Medien ihren Widerhall, aber die kausale Verknüpfung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und gesellschaftlichen Folgewirkungen lässt sich hier nicht so direkt herstellen wie bei einer Viruserkrankung. Auch die zeitliche Dimension ist eine andere: Bei der Eindämmung der Epidemie geht es um Wochen, und jeder Tag ist kostbar, die klimatischen Veränderungen haben sich über Jahrzehnte entfaltet und wirken langfristiger.

Der Grad des Konsensus der Fachgemeinschaften und die damit hergestellte Robustheit der Erkenntnisse alleine ist sicher keine Garantie für einen hohen gesellschaftlichen Impact wissenschaftlichen Wissens. Diese Feststellung sägt allerdings an einer der Grundlagen des (deutschen) Wissenschaftssystems: Die Bewertung wissenschaftlichen Wissens war bislang immer alleine den Peers, also den Fachkolleg*innen, und deren epistemischer Autorität vorbehalten. Die Politik finanziert das Wissenschaftssystem und bedient sich gerne der Ergebnisse von Begutachtungen von Peers für Förderentscheidungen, vor allem von quantitativen Messungen, die Qualitätskriterien bestimmt die Wissenschaft aber immer selbst. Alleine das Peer-to-Peer-Verfahren definiert, was richtig und falsch, was gute und weniger gute Wissenschaft ist, welche Aufsätze erscheinen und welche Karrieren funktionieren.

Der aktuelle Erfolg der Virologen als Instanz der Politikberatung ruft bei anderen wissenschaftlichen Disziplinen die Frage auf, wieso sie mit ihren Analysen weniger oder gar nicht gehört werden und in Politik und Gesellschaft wenig Resonanz erfahren. Eine Erklärung dafür könnte in der Wissenschaft selbst liegen. Die akademische Wissenschaft versteht sich immer noch in großen Teilen als eine von der Gesellschaft getrennte Produktionsanstalt. Wissenstransfer ist dementsprechend eine große Herausforderung – es müssen Brücken vom Elfenbeinturm in die raue Wirklichkeit gebaut werden, um eine gesellschaftliche Nützlichkeit behaupten zu können. Schon vor der gegenwärtigen Krise hat die Wissenschaftspolitik mehr tatsächliche Nachweise über diesen Impact und seinen quantitativen Umfang gefordert. In den vergangenen Jahren wurden dazu teils etwas hilflose Evaluationsverfahren eingeführt, die den Einfluss der Wis-

senschaft als wirtschaftlichen Ertrag in Gestalt von Patenten oder Lizenzen messen sollten. Das Feld ist mittlerweile um publikumswirksame Veranstaltungen und um Publikationen, die mehr als nur eine Handvoll Wissenschaftler*innen interessieren, erweitert worden. All diese Aktivitäten sind als Verwertungs- oder Transferphasen Teil der Antragsstellung für Forschungsprojekte geworden.

Der Messung von Impact liegt also immer noch überwiegend ein lineares Modell zugrunde: Wissenschaft schreitet von der Grundlagenforschung zum Produkt, und es zählt, was „hinten herauskommt“. Die Wissenschafts- und Innovationsforschung ist da weiter: Mittlerweile wissen wir, dass Neues durch einen dialektischen Prozess zwischen Analyse und Synthese entsteht, in dem Nutzer*innen oder Verwender*innen frühzeitig eine Rolle spielen. Impact ist Teil des Prozesses, viele Interaktionen finden mit nicht wissenschaftlichen Akteuren statt.

Doch in der Wissenschaft gilt immer noch: Es können so viele dieser Aktivitäten gezählt werden, wie man will, am Ende wird wissenschaftliche Reputation ausschließlich durch Artikel erworben, die von den akademischen Peers bewertet wurden. Es können noch so viele Zeitschriftenartikel oder Öffentlichkeitsaktivitäten entstanden sein, entscheidend für die wissenschaftliche Karriere ist und bleibt das Peer-Review. Daher sind die Wissenschaftsbetreibenden primär auf die Regeln des eigenen Diskurses eingeschworen, Akteure außerhalb des Systems erhalten keine Lizenz zur Bewertung. Auftritte in Talkshows oder Radiosendungen, Radiointerviews oder das Schreiben eigener Zeitungsartikel wird als nette, aber folgenlose Randerscheinung betrachtet.

Das Vertrauen in das Peer-Review-System ist nach wie vor unangefochten, wenn auch mit kritischen Begleittönen: Oftmals werde doch eher konservativ geurteilt, bereits etablierte Forschungsfelder würden bevorzugt, zudem spiele die Reputation der Antragssteller*innen eine große Rolle, und interdisziplinäre Forschungsvorhaben würden nicht adäquat beurteilt.

Empirisch angelegte international vergleichende Studien zum Peer-Review in der Forschungsförderung haben gezeigt, dass die Praktiken der Begutachtung von der jeweiligen disziplinären beziehungsweise interdisziplinären Konstellation und dem nationalen forschungspolitischen Kontext abhängig sind. Außerdem unterscheiden sich Rollenverständnisse, disziplinäre Qualitäts- und (Wert-) Vorstellungen etwa von „Fairness“ in Auswahlverfahren. In anderen Ländern und Disziplinen vergleichenden Studien zeigt sich, dass in Auswahlprozessen die „customary rules“, also Gewohnheitsregeln, ein bedeutender Bestandteil der jeweiligen epistemischen Kultur sind und Wertungen sich nicht primär an sogenannten objektiven Indikatoren orientieren. Bei der Begutachtung von Forschung spielen neben den kognitiven Aspekten natürlich auch soziale Aspekte eine wichtige Rolle. Viel diskutiert werden Einseitigkeiten und Fehlentwicklungen von Peer-Review wie etwa die Neigung von Gutachter*innen, besonders solche Forschungsanträge positiv zu bewerten, die einer gemeinsamen Denkschule entstammen und deren Verfasser*innen eine hohe wissenschaftliche Reputation genießen. Auf diese Weise werden sowohl bereits etablierte Forschungsrichtungen als auch soziale Netzwerke gestützt. Deren Bezeichnung als „old boys' network“ macht auf die Gefahr aufmerksam, dass Frauen und Nachwuchswissenschaftler*innen in manchen Peer-Review-Verfahren systematisch ausgegrenzt werden und neue Ideen daher oftmals geringe Förderchancen haben. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben sich renommierte Förderinstitutionen in In- und Ausland entschlossen, Peer-Review durch ein teilrandomisiertes Verfahren zu ergänzen, das heißt, nach einer ersten wissenschaftlichen Qualitätsprüfung wird ein Teil der zu fördernden Forschungsprojekte durch Losverfahren entschieden. Die VolkswagenStiftung nimmt dabei in Deutschland eine Pionierrolle ein, aber auch der Schweizerische Nationalfonds oder der österreichische Wissenschaftsfonds FWF experimentieren in einzelnen Förderlinien mit Losentscheiden.

Trotz aller Bedenken scheint es zum Peer-Review keine grundsätzliche Alternative zu geben. Aber nicht zuletzt die Corona-Krise zeigt, dass gesellschaftlicher Einfluss eben nicht aus dem geschlossenen System der klassischen Wissenschaft abzuleiten ist. Nicht allein die wissenschaftliche Qualität entscheidet über



Andreas Knie ist Co-Leiter der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung am WZB und Professor für Soziologie an der Technischen Universität Berlin. (Foto: David Ausserhofer)

andreas.knie@wzb.eu



Dagmar Simon ist Gast der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung und Geschäftsführerin von EVACONSULT – Evaluierung, Forschung, Beratung. [Foto: David Ausserhofer]

dagmar.simon@wzb.eu

Literatur

Donovan, Claire: „State of the Art in Assessing Research Impact“. In: *Research Evaluation*, 2011, Jg. 20, H. 3, S. 175–179. Online: <https://doi.org/10.3152/095820211X13118583635918> (Stand 05.05.2020).

Knie, Andreas/Simon, Dagmar: „Innovation, Excellence and Reputation: The Persistence of the German Science System“. In: Dagmar Simon/Stefan Kuhlmann/Julia Stamm/Weert Canzler (Hg): *Handbook on Science and Public Policy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing 2019, S. 267–283.

Wouters, Paul: „Globalization and the Rise of Rankings“. In: Dagmar Simon/Stefan Kuhlmann/Julia Stamm/Weert Canzler (Hg): *Handbook on Science and Public Policy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing 2019, S. 466–487.

den politischen Erfolg. Diesem Irrglauben hängen die naturwissenschaftlich dominierten Klimawissenschaften an, wenn sie immer wieder beklagen, dass die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit, vielfach bewiesen und Konsens in der Wissenschaftsgemeinde, nicht einfach umgesetzt werden. Jetzt endlich, in der Corona-Krise, scheinen Teile der wissenschaftlichen Community ihre Wagenburg zu verlassen. Sie bieten der Politik eine Art Haftungsgemeinschaft an: Wir wissen auch nicht genau, was passiert, aber wenn ihr unseren Hinweisen folgt, übernehmen wir mit euch gemeinsam vor der Öffentlichkeit die Verantwortung.

Wenn für die Wirksamkeit also mehr zählt als Zahlen, Daten, Fakten, produziert und validiert in geschlossenen Fachgemeinschaften, dann liegt es nahe, das im Kern bewährte Peer-Review-Verfahren ebenfalls zu erweitern. Was die Corona-Krise für die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik gezeigt hat, könnte als eine strategische Linie für die gesamte Wissenschaftspolitik dienen. Peer-Review ist innerhalb der Wissenschaft so erfolgreich, weil prinzipiell unter Gleichen in gemeinsamer Verantwortung verhandelt wird. Dieses Prinzip sollte auf eine erweiterte Gruppe von Peers ausgedehnt werden. Forschungsvorhaben kommen in der Regel nicht ohne Adressaten außerhalb der Wissenschaft aus, die zu erwartende Ergebnisse aufgreifen. Das gilt nicht nur für die Virologie im Zeichen akuter Krisen, es gilt auch für große Teile der Grundlagenforschung. Wir schlagen vor, dass Wissenschaftler*innen zukünftig potenzielle Verwertungsoptionen beschreiben und Personen festlegen, die in diesem Anwendungsfeld eine legitimierte Position einnehmen, beispielsweise in der Verwaltung oder der Wirtschaft oder als gewähltes Mitglied der Zivilgesellschaft. Diese erweiterten Peers ergänzen zukünftig die Fachkolleg*innen und entscheiden darüber, ob und in welcher Weise die Forschung über Wirksamkeit verfügt. Es gibt dabei nur eine Spielregel: die formale Anerkennung aller, unter Gleichen in genau dieser Frage zu arbeiten und zu entscheiden. Da diese Anerkennungskultur nicht über Nacht und in Zeiten akuter Krisen entsteht, muss sie zunächst formal vollzogen und bei Missachtung sanktioniert werden. Es ist durchaus zu unterstellen, dass prinzipiell alle einigungswillig sind. Entstehen wird sicherlich zunächst eine Art asymmetrischer Diskurs. Die Soziologin muss einem Vertreter des Rentenverbands erklären, was ihre Ziele sind und was dies für Auswirkungen hat. Impact entsteht erst, wenn in diesem Fall der Vertreter der Zivilgesellschaft das Anliegen der Forscherin verstanden und akzeptiert hat – genau so, wie die Gesundheitsministerin den Virologen versteht und ihm glaubt.

In diesem Austausch erkennen sich Wissenschaftler*innen und Nicht-Wissenschaftler*innen gegenseitig an. Die in der akuten Krise entwickelten Partnerschaften können dabei als Vorbild dienen: Politik und Wissenschaft analysieren gemeinsam, ziehen daraus Lehren und stellen sich auch gemeinsam der Verantwortung. Natürlich erfolgt dies mit unterschiedlichen Ressourcen und Interessen, aber mit ausreichend Abhängigkeiten, die die Wissenschaften motivieren, sich neu zu erklären und festzulegen. Umgekehrt wird das Verständnis für wissenschaftliche Zwänge mutmaßlich höher. Möglicherweise könnte es auch so etwas wie taktische Bündnisse geben: Gib du mir hier nach, dann akzeptiere ich dort etwas. Entscheidend wird die Organisation einer gemeinsamen Haftungsgemeinschaft sein, mit der die Debatten aus der Engführung der akademischen Diskurse herausgelöst werden können. So würde bereits bei Antragstellung eine erste Validierungsinstanz eingebaut, für die Wissenschaft entsteht so die Aussicht auf höhere soziale Robustheit.

Auch wenn die Kontexte der Klima- und der Corona-Krise sehr unterschiedlich sind, so können wir daraus etwas über den gesellschaftlichen Einfluss der Wissenschaft lernen. Eine fachlich geschlossene Community ist kein Garant für Einfluss auf den politischen Prozess – im Gegenteil. Der Wissenschaftshistoriker Caspar Hirschi etwa erklärte jüngst in einem Interview mit dem *Tagesspiegel*, der Dissens unter den Expert*innen und seine öffentliche Artikulation sei für die wissenschaftliche und demokratische Diskussionskultur höchst wertvoll. Die Öffnung und die Anbahnung von Partnerschaften scheinen also mehr Optionen zu bieten. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen müssen sich gemeinsam mit politischen Entscheider*innen für ihre Aussage in Haftung nehmen lassen: Alles gewinnt, alles verliert.